

# Vollgas in Richtung Steuersenkung

**Sparsames Kantonsparlament** Ein Mini-Teuerungsausgleich und eine strenge Finanzpolitik sollen künftigen Spielraum schaffen.

Die Mehrheit der Grossrätinnen und Grossräte liess sich nicht erweichen: Die Angestellten der Kantonsverwaltung und die Lehrkräfte erhalten nächstes Jahr einen Teuerungsausgleich von lediglich 0,5 Prozent. Alle Anträge auf grössere Lohnerhöhungen hatten bei den bürgerlichen Fraktionen am Dienstag keine Chance.

Zusammen mit weiteren individuellen Lohnmassnahmen darf das Kantonspersonal immerhin mit durchschnittlich 2 Prozent mehr Lohn rechnen. Sowohl Stadt- als auch die Bundesverwaltung zeigen sich aber grosszügiger. Die Gewerkschaft VPOD spricht von einem «Affront» gegenüber den Kantonsangestellten. Und der bernische Staatspersonalverband kündigte an: «Der Wind in der Lohnpolitik dürfte rauher werden.»

## 10 Millionen Franken fürs Energiesparen

SVP, FDP, Grünliberale, Mitte und EDU zeigten auch in der weiteren Debatte finanzpolitische Strenge: Nein zu zusätzlichen Mitteln für die Kinder- und Jugendpsychiatrie, Nein zu zusätzlichen Ausbildungsplätzen in der Pflege, Nein zu einem Teuerungsausgleich für Sozialhilfebezüger. Die Anträge von rot-grüner Seite wurden deutlich abgelehnt.

Das mit einer einzigen Ausnahme: Eine knappe Mehrheit des Rats stockte das Budget des kantonalen Energieförderprogramms um 10 Millionen Franken auf.

Schliesslich verabschiedete der Grosse Rat ein ausgeglichenes Budget – indem er den Fehlbetrag von 48 Millionen Franken auf das nächste Jahr weiterschob. Die grosse dunkle Wolke über der bernischen Finanzpolitik ist aber eine andere: die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank.

## Bibbern mit der Nationalbank

Denn im beschlossenen Budget 2023 wird immer noch mit Nationalbank-Einnahmen von

320 Millionen Franken gerechnet. Doch dass ein so hoher Betrag nicht fließen wird, ist allen klar.

Nur die globalen Finanzmärkte könnten nun noch verhindern, dass der Kanton Bern nächstes Jahr in ein massives Defizit schlittert. Denn die Nationalbank erzielte dieses Jahr enorme Verluste auf ihren ausländischen Aktien und Fremdwährungen. Doch in den letzten Wochen haben sich die Märkte etwas erholt.

Wenn sich das bis zum 31. Dezember fortsetzt, und die Jahresrechnung der Nationalbank entsprechend besser ausfällt als befürchtet, könnte doch noch etwas Geld an die Kantone fließen. Am 9. Januar wird die Nationalbank bekannt geben, was Sache ist.

Angesichts dieser Lage waren die bürgerlichen Grossrätinnen



Sie hat ihre erste Budgetdebatte erfolgreich hinter sich gebracht: Finanzdirektorin Astrid Bärtschi (Die Mitte). Foto: Adrian Moser

**Der Grosse Rat verabschiedete ein ausgeglichenes Budget – indem er den Fehlbetrag von 48 Millionen Franken auf das nächste Jahr weiterschob.**

und Grossräte über jeden Franken froh, der nächstes Jahr nicht ausgegeben werden muss. Denn nach wie vor hoffen sie, das finanzpolitische Projekt von Finanzdirektorin Astrid Bärtschi (Die Mitte) verwirklichen zu können: eine Steuersenkung ab dem Jahr 2024.

Diese ist noch nicht beschlossen, aber sie ist Teil des Aufgaben- und Finanzplans für die nächsten Jahre. So sollen, das gab Bärtschi im August bekannt, die Einkommenssteuern in einem ersten Schritt um 72,5 Millionen Franken und die Gewinnsteuern um 30 Millionen Franken gesenkt werden.

## Bürgerliche wollen durchziehen

SP und Grüne nahmen Bärtschis Vorhaben gestern Dienstag im Rathaus unter Beschuss: David Stampfli (SP) kritisierte, dass sich der Kanton Bern am Steuerwettbewerb unter den Kantonen beteilige – «an einen Wettbewerb, den wir nicht gewinnen können».

Regierungsrätin Bärtschi sowie Daniel Bichsel, Präsident der Finanzkommission und SVP-Grossrat, betonten hingegen, dass es genau wegen der schlechten Position Berns im Steuerwettbewerb Handlungsbedarf gebe. Die Ratsmehrheit folgte ihnen mit 92 zu 61 Stimmen. Und so bleibt der Steuersenkungsplan für 2024 bestehen.

Vor der schliesslich erfolgreichen Schlussabstimmung für Budget und Finanzplan sprach SP-Mann Stefan Jordi von einer «finanzpolitischen Machtdemonstration» der Bürgerlichen.

Doch auch FDP-Grossrat Carlos Reinhard zeigte sich alles andere als zufrieden mit der Situation: Blieben die Nationalbank-Gewinne nächstes Jahr tatsächlich aus, müsste das Kantonsparlament in der Budgetdebatte im kommenden Herbst ein Defizit von einer halben Milliarde Franken kompensieren – «ich weiss nicht, wie wir das schaffen sollen».

**Adrian Hopf-Sulc**